

## Rezensionen

**Jenny Krämer/Benedikt Vallendar: Leben hinter Mauern. Arbeitsalltag und Privatleben hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Essen: Klartextverlag 2014, 251 Seiten, 18,95 €.**

Die aus den alten Bundesländern stammenden Autoren haben die „Wende“ als Jugendliche erlebt und später Geschichte und Jura studiert. Nach einem Saunabesuch im thüringischen Heiligenstadt beschlossen sie, über den „Alltag des MfS“ zu recherchieren. Dort hatte im April 2008 ein ehemaliger Mitarbeiter der MfS-Hauptabteilung XX seiner Begleiterin Details seiner früheren Tätigkeit offenbart. Die beiden „Spurensucher“ hatten sich allerdings auch bereits zuvor mit dieser Thematik befaßt. So berichten sie über ein Gespräch mit der Witwe des Pfarrers Oskar Brüsewitz im Jahr 2006. Die Verfasser wollen „bisher Unbekanntes“ im Alltag der Täter aufdecken und „Licht ins Dunkel des bisher noch nicht über das MfS Erzählten bringen“. Ihrer Ansicht nach haben sie als erste „die hauptamtlichen Mitarbeiter [...] als Subjekte in den Fokus der Darstellung [genommen] und [...] im Alltag der Stasi Komisches von Tragischem und Boshafte von vermeintlich Gutgemeintem“ getrennt. Es sei ihnen gelungen herauszufinden, wie MfS-Angehörige „in weiten Teilen wirklich dachten und fühlten“. Ferner wollen sie Probleme der MfS-Mitarbeiter bei der Planung, Durchführung und Auswertung von operativen Vorgängen darstellen. Über diese Bereiche finde sich in der MfS-Literatur nichts – mit ihrer Arbeit wollen sie dazu beitragen, daß diese „historische Lücke [...] nunmehr ein wenig geschlossen“ werde. Nach Ansicht des Rezensenten haben sich die Verfasser über den Stand der bisherigen MfS-Forschung nicht ausreichend informiert.

Neben den Recherchen in BStU-Unterlagen, insbesondere der Abteilung Kader und Schulung der Bezirksverwaltung

Magdeburg des MfS und der Hauptabteilung Personenschutz, haben die Verfasser Literatur von und über Opfer und Täter des MfS herangezogen sowie Personen aus diesen Personenkreisen befragt. Die Ergebnisse von Hausbesuchen bei „Dutzenden Offizieren“ des MfS sind vermutlich in den Text eingeflossen, wobei nur vereinzelt darauf hingewiesen wird, daß es sich um entsprechende Gesprächsergebnisse handelt. Ein Gesprächspartner war Wolfgang Schmidt, der – gemeinsam mit anderen früheren hohen MfS-Funktionären – in der Berliner Redaktion des *Neuen Deutschland* Fragen der Verfasser beantwortet hat. Es verwundert, daß die Verfasser die zweibändige MfS-Apologie *Die Sicherheit* nicht berücksichtigt haben, obwohl Schmidt daran mitgearbeitet hat. Dem Leser wird nicht immer klar, welche Informationen aus der benutzten Literatur, aus den Stasi-Akten oder aus Gesprächen gewonnen worden sind – eine solche „Gemengelage“ wird Anforderungen einer wissenschaftlichen Arbeit nicht gerecht. Grundsätzlich ist zu monieren, daß die Verfasser weder über die benutzte Literatur noch über die eingesehenen BStU-Akten einen Überblick geben.

Der „Erzählintention“ der Verfasser entspricht die lockere Gliederung des Buches in 39 Kapitel. Faßt man diese zu Themenkomplexen zusammen, so ergeben sich sechs Bereiche:

Funktionen des MfS im SED-Staat, Personal des MfS, einschließlich der Informellen Mitarbeiter (IM), Dienstablauf und Arbeitsmethoden, Dienstvergehen und Sanktionen, Privatleben der MfS-Angehörigen, ihre materielle und soziale Versorgung sowie MfS im Herbst 1989 und danach. Mit den ersten beiden und den beiden darauf folgenden Bereichen befassen sich je 60 Seiten, mit dem „Privatleben“ knapp 40 Seiten.

Die Darstellung konzentriert sich auf die Honeckerzeit. Die Skizzierung der Anfangsphase ab 1971 vermittelt dem Leser ein zutreffendes Bild der Herrschaftskonzeption Honeckers: Es habe sich seinerzeit

um eine „scheinbare Öffnung zum Westen“ gehandelt, ebenso habe sich die Führung in der Jugend- und Sozialpolitik sowie im Verhältnis zu den Kirchen „scheinbar tolerant“ gegeben – gleichzeitig sei eine harte Linie verfolgt worden, um bei den Menschen „keine falsche Hoffnung auf politische Veränderungen“ aufkommen zu lassen. Hatte es bis 1971 noch ein „Pressezentrum“ des MfS gegeben und waren MfS-Angehörige häufig zu offenen Arbeitseinsätzen in Betriebe geschickt worden, so sei für die Folgezeit eine zunehmende Abkapselung des MfS von der Gesellschaft zu konstatieren, seine Angehörigen hätten ein Eigenleben „hinter den Mauern ihrer Dienststellen und in besonderen Wohnvierteln“ geführt. Zur intensiveren Überwachung der Bevölkerung sei die Mitarbeiterzahl deutlich angehoben worden. Daraufhin sei die Opposition in den siebziger Jahren „von der Bildfläche verschwunden“, so daß ab diesem Zeitpunkt von der „Allmacht der MfS“ gesprochen werden müsse. Honecker habe bis 1989 an seiner stalinistischen Grundlinie festgehalten. Aus dem Rahmen der Darstellung fällt eine Bemerkung über eine für die Verfasser offenbar vorstellbare Implikation dieser politischen Linie: Das Umbringen von Millionen Menschen wie in der Sowjetunion sei nur „durch die Nähe zur alten Bundesrepublik verhindert [worden]“. Der Rezensent kann sich nicht vorstellen, was die Verfasser zu dieser Bemerkung veranlaßt haben könnte.

Das Verhältnis zwischen den „siamesischen Zwillingen“ SED und MfS wird von den Verfassern als ambivalent dargestellt: Aufgrund ihrer Studien haben sie zum einen den Eindruck einer „sehr viel engeren“ Zusammenarbeit gewonnen, als Historiker bisher dargelegt hätten. Vielerorts, zumindest in der Provinz, habe es einen gemeinsamen Mittagstisch von MfS-Offizieren, lokaler Parteiprominenz und Mitarbeitern der Stadtverwaltung gegeben. MfS und SED seien für die Erarbeitung und Umsetzung der politischen Strafgesetze verantwortlich gewesen, wobei

die aktive Rolle von Vertretern der DDR-Justiz und des MdI nicht erwähnt wird. Andererseits sei das Verhältnis zwischen SED und MfS nicht immer spannungsfrei gewesen. So hätte das MfS versucht, über seine kaderpolitische Kompetenz die SED „unter seine Fittiche“ zu nehmen, mitunter seien Dossiers über führende SED-Funktionäre angelegt und vereinzelt sei auch „Tacheles geredet“ worden. Erwähnt wird aber auch, daß selbst bei MfS-internen Konflikten letztlich meist die zuständige Parteileitung entschieden habe, schließlich habe „alles unter Vorbehalt der Partei [gestanden]“. Sollten die Verfasser mehr Belege für die angedeuteten Spannungen gefunden haben, so hätte wohl jeder Leser entsprechende Hinweise sehr begrüßt. Erwähnt wird eine Versammlung der Hauptabteilung Personenschutz vom 29.11.1983. Laut einem geheimen Protokoll hätten MfS-Angehörige einen SED-Funktionär daran gehindert, über den NATO-Doppelbeschuß zu referieren. Aber: Nach einer Quelle – und dem Follow-up – sucht der Leser vergebens.

Ausführungen der Verfasser zur materiellen Basis des MfS sind widersprüchlich. Wird an manchen Stellen auf „begrenzte Mittel“ und Auswirkungen der allgemeinen Mangelwirtschaft hingewiesen, lassen andere Passagen den Eindruck entstehen, das MfS habe über nahezu unbegrenzte Mittel (einschließlich Devisen) verfügt. G. Ehrensperger, früherer Leiter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, habe für die achtziger Jahre einen ständig zunehmenden Finanzbedarf des MfS konstatiert. Wenn als wesentlicher „Kostentreiber“ in diesem Zusammenhang die Prämierung von IM erwähnt wird, so ist dies nicht nachvollziehbar. Die Verfasser selbst geben an, daß durchschnittlich lediglich 50 bis 150 Euro jährlich an einen IM ausgezahlt wurden.

In der „von Männern dominierten Stasi-Welt“ seien „höchst mittelalterliche Rituale“ praktiziert worden, wobei auf den „symbolischen Ritterschlag“ bei der Ernennung zum Major hingewiesen wird –

über solche Rituale hätte der Leser gern mehr erfahren! Durchaus interessant sind die von den Verfassern vermuteten Gründe für die geringe Präsenz von Frauen, wobei sie insbesondere auf die hohe dienstliche Belastung hinweisen. Andererseits erwähnen sie auch, daß Frauen bei den Paßkontrollstellen – einem der „härtesten Jobs“ – stark vertreten gewesen seien. Durch die „sittliche Überwachung“, die mit Aktivitäten der iranischen Religionspolizei verglichen wird, sei beispielsweise erreicht worden, daß die Scheidungsquote im MfS unter derjenigen der Bevölkerung gelegen habe. Zu diesem Kontext paßt, daß gemeinsame Saunabesuche für das weibliche und männliche MfS-Personal – noch nach der „Saunaverordnung“ von 1989 – verboten waren.

Die Ausführungen der Verfasser zur Rekrutierung neuer Mitarbeiter, ihrer Qualifizierung und ihren Arbeitsmethoden bestätigen das aus der Literatur bekannte Bild. Während ihrer Einschätzung, wonach infolge der Richtlinie 1/1976 die „Weichen in der Geheimdienstarbeit neu gestellt“ worden seien, zuzustimmen ist, sind aufgrund der Darstellung des nun häufiger praktizierten „Zersetzungsverfahrens“ Anmerkungen erforderlich. Zum einen ist dieses Instrumentarium bereits seit Ende der sechziger Jahre angewendet worden, zum anderen kann nicht pauschal behauptet werden, Ziel sei die „Zerstörung der privaten und beruflichen Existenz“ oder die erzwungene Ausreise gewesen. Diese Perspektive gab es nur für einen sehr kleinen Personenkreis. Für unangebracht hält der Rezensent die Formulierung, Zersetzungsmaßnahmen seien „angeleiert“ worden. Diese verharmlosende Wortwahl wird der systematischen Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen und ihren meist fatalen Folgen für die betroffenen Menschen nicht gerecht. Zur Charakterisierung der MfS-Angehörigen heißt es, in den achtziger Jahren sei immer deutlicher geworden, daß sie von den proklamierten Zielen „kulturvolle Lebensweise“ und „sozialistische Persönlichkeit“

weit entfernt gewesen seien. Mit der sehr allgemein gehaltenen Feststellung „Von revolutionärem Eifer [...] war weit und breit nichts zu sehen“ kann der Leser nicht viel anfangen.

Die in der DDR-Bevölkerung verbreitete Vorstellung vom Leben der MfS-Mitarbeiter „in Saus und Braus“ habe in dieser Verallgemeinerung nicht der tatsächlichen Lage entsprochen, untere und mittlere Dienstgrade hätten wie Normalbürger über Jahre auf eine zumutbare Wohnung oder ein Auto warten müssen. Das überdurchschnittliche Gehalt, das durch Prämien und Fondsmittel ergänzt wurde, habe die Stasi-Mitarbeiter immerhin in die Lage versetzt, in Exquisit- und Delikatläden einzukaufen – MfS-Sonderverkaufsstellen seien nur höheren Chargen zugänglich gewesen. Von der besseren medizinischen Versorgung und sozialer Absicherung hätten dagegen alle MfS-Angehörigen profitiert. Interessant sind Hinweise auf die Urlaubsgestaltung – möglichst strikte Abgrenzung gegenüber „Normaltouristen“, Verbot von Zelt- und Wandertourismus, Überprüfung des „Medienkonsums“ (Urlaubsordnung vom 15.12.1988). Wiederholt kritisieren die Verfasser westliche Medien wegen ihrer Sensationsberichte über das luxuriöse Leben beim MfS, die während und nach der „Wende“ an der Tagesordnung gewesen seien.

Die Ausführungen über das Verhältnis der Bevölkerung zum MfS fallen recht ambivalent aus. Zum einen wird der Eindruck vermittelt, die Existenz dieser elitären und privilegierten Garanten staatlicher Sicherheit sei hingenommen worden. Jeder Ostdeutsche hätte sich eine „innere Abkapselungsmentalität“ gegenüber dem MfS antrainiert, und „nur ein kleiner Teil“ sei zur inoffiziellen Zusammenarbeit bereit gewesen. Dann werden Fälle genannt, die auf ein erhebliches Aggressionspotential in Teilen der Bevölkerung hinweisen. Es habe, lange vor der Wende, häufig Übergriffe gegen MfS-Angehörige gegeben. Dabei lassen sich die Verfasser zu einer

nicht nachvollziehbaren „Schlußfolgerung“ verleiten: Dies sei vor allem in den ländlichen Gebieten passiert, wo sich nach der „Wende“ „rechtes Gedankengut“ besonders stark entwickelt habe. Mache sich einer daraus einen Vers! 1987 hätten Jugendliche in Leipzig beinahe einen MfS-Angehörigen aus der Straßenbahn geworfen. Es wird keine Quelle genannt und auch nicht die naheliegende Frage beantwortet, was danach passiert ist. Hinsichtlich des Selbstverständnisses der MfS-Angehörigen schließen sich die Verfasser einer bei Christina Wilkening (Staat im Staate, Berlin 1990) gefundenen Einschätzung an: „In der breiten Masse, so viel steht fest, dachten und fühlten sie ähnlich wie ihr überwachtes Volk.“ Die kommentarlose Übernahme dieser doch recht fragwürdigen Behauptung ist für den Rezensenten überraschend, haben die Verfasser doch eingangs die Suche nach dem „inneren Kern“ der MfS-Angehörigen zu einem Hauptziel ihrer Untersuchung erklärt.

Auf mögliche Angriffe von Bevölkerungsgruppen gegen MfS-Anlagen bzw. gegen die staatliche Ordnung insgesamt war das MfS gut vorbereitet – es gab konkrete Einsatzpläne für das Vorgehen gegen „Aufständische“, für die Verteidigung der einzelnen Dienststellen und für die Gewährleistung der Dienstbereitschaft (Befehl Mielkes 1988 – Richtlinie 12/88). Im Gegensatz zur letzten MfS-Kaderordnung (Mai 1989), die von unverändert hohen Anforderungen an das MfS-Personal ausging, sei ab Sommer 1989 eine „Erosion innerhalb des MfS“ festzustellen – dies wird mit Gorbatschows Besuch in der Bundesrepublik in Zusammenhang gebracht. Die pauschale Behauptung, Volkspolizei und Kampfgruppen hätten im Herbst 1989 „nicht im Traum daran [gedacht], ihren Genossen von der Stasi zu Hilfe zu eilen“, trifft so nicht zu. Selbst das im Buch erwähnte „harte Vorgehen“ in Dresden und Halle (Oktober 1989) ist nicht nur dem MfS anzulasten. Für das aggressive Verhalten des MfS in Leipzig ha-

ben die Verfasser eine psychologische Erklärung parat – es sei auf „pure Verzweiflung“ des MfS-Personals zurückzuführen. Die Verfasser haben bei ihrer „mehrjährigen Spurensuche“ keine Antwort auf die Frage gefunden, warum es nach der „Wende“ „keine Abrechnung, keine Vergeltungsaktionen“ der Bevölkerung gegen MfS-Angehörige gegeben habe.

Noch zwei punktuelle Korrekturen:

Ibrahim Böhme ist nicht erst 1985 für das MfS tätig geworden; er hat zum Beispiel in der ersten Hälfte der siebziger Jahre als IM eine zentrale Rolle bei der „Bearbeitung“ von Reiner Kunze gespielt.

Über die Ausstattung des Regierungskrankenhauses in Berlin-Buch wird der seinerzeit dort beschäftigte Kardiologe Uwe Jürgensen zitiert, wobei keine Quelle angegeben ist. Noch verwunderlicher ist, daß ein Hinweis auf seine Biographie (Verhaftung wegen versuchter „Republikflucht“, Verurteilung wegen landesverräterischer Agententätigkeit) fehlt.

Insgesamt gesehen, erfüllt das Buch nicht die Erwartungen, die von den Verfassern aufgrund ihres Forschungsansatzes geweckt worden sind. In ihrem Schlußwort, das den Dank für Unterstützung durch zwanzig Personen einschließt, erwähnen die Verfasser an erster Stelle ihren Verleger Dr. Claßen, der das Manuskript „kurzerhand zur ‚Chefsache‘ erklärt“ habe. Welche Kriterien dabei eine Rolle gespielt haben, wird nicht erwähnt.

*Bernhard Knabe*

**Wolfgang Wietzker (Hrsg.): Flucht aus der DDR-Diktatur. 101 Zeitzeugenberichte. Helios Verlag, Aachen 2013, 446 Seiten, 24,50 €.**

In den vierzig Jahren SED-Regime verließen fast vier Millionen Menschen die DDR. Mit einigen hat sich der Historiker Wolfgang Wietzker getroffen. Die Gespräche und selbstverfaßten Erlebnisberichte hat er in einem Sammelband chronologisch geordnet und als interessante

Zeitzeugendarstellung zusammengestellt. Es geht um Fluchten vor 1961, Anträge auf Verlassen der DDR, gelungene und mißlungene Fluchten nach 1961. Es sind weder Prominente noch Historiker vom Fach, die hier über ihre Erlebnisse schreiben. DDR-Bürger aus unterschiedlichen Lebensbereichen kommen zu Wort. Landwirte, Handwerker, eine Geigerin, Schriftsteller, Architekten, ein NVA-Taucher, ein Ringer, mehrere Fachärzte, Schüler und Studenten berichten über Hintergründe und Motive ihrer Fluchtwagnisse. So unterschiedlich die Berichte auch ausfallen, ist doch jedes dieser 101 Schicksale auf eigene Weise von Belang. Alle Zeitzeugen hatten vor ihrer Flucht bzw. ihren Fluchtversuchen nachhaltige und willkürliche Eingriffe des SED-Regimes in Biographien erlebt. Es lastete auf vielen ein enormer Druck, ehe sie die Flucht wagten. Die früheste in Wietzkers Buch dokumentierte Flucht ist die von Georg und Christa Bannier aus Sachsen-Anhalt. Vater und Mutter von Georg Bannier litten als Bauern unter der sowjetischen Besatzung unter ständiger Abgabenlast in Form von Getreide, Eiern, Mehl, Kartoffeln und Vieh. Als am 1. September 1949 auf dem Hof eine „Kommission“ erschien und der Familie ein Ultimatum stellte, sah diese nur einen Ausweg: die Flucht in den Westen. Russische Soldaten konnte man an der Grenze im Harz mit Schnaps kaufen, im Gegenzug ließen sie die Großfamilie in der Nacht über die Grenze in den Westen. Über die Motive der Flüchtlinge bestehen im Grunde wenig Zweifel. In den Wirren der Nachkriegszeit gab es Wanderungen, die durch Familien- und Heimatbindungen begründet waren. Seit den 1950er Jahren handelte es sich bei der Flucht aus dem Osten um eine politische „Abstimmung mit den Füßen“, eine radikale Absage an das soziale, wirtschaftliche und politische System. Die Flüchtlingszahlen standen auch in einem direkten Verhältnis zu den Repressionen im SED-Staat. So flohen allein 1953, dem Jahr des Volksaufstandes, über 330 000 Menschen. So flohen viele

Bauern trotz ihrer traditionellen Bodenständigkeit Anfang der 1950er Jahre und verstärkt nach der Zwangskollektivierung. Bürgerliche, Wissenschaftler, Künstler, Christen verließen das Land, weil in ihrer Arbeitswelt der Konformitätsdruck beständig wuchs.

Die meisten Flüchtlinge rechneten damit, daß ihnen im Westen nichts geschenkt würde. Im Rückblick berichtet Evelyn Bleil: „Alle waren auf mehr oder weniger abenteuerlichen Wegen in den Westen gelangt und hatten sich durchbeißen müssen“. Mit der Gewißheit, daß der Westen kein Schlaraffenland ist, daß man sich in allen Belangen selbst kümmern und für alles arbeiten muß, hofften viele auf die Chance, neu zu beginnen. Für Rolf Ewald war die Flucht der letzte Ausweg. So sieht er es auch heute noch: „Ohne die Flucht aus der DDR [...] hätte ich nicht studieren können, ich hätte kein eigenes Haus gebaut und hätte nicht den Traum vom selber Fliegen verwirklicht.“ Andere wiederum wurden im Westen nie heimisch. Lore Kirchhoff schreibt über ihren Start im Westen: „Wir waren entwurzelt und arm.“ Gert Hartmann, der mit der Mutter und dem jüngeren Bruder durch den Thüringer Wald in den Westen geflohen war, berichtet: „Wir sind durch tiefen Schnee gestapft, quer durch den Wald. Streifen gab es und Schäferhunde, aber keine Grenzbesetzung.“ Die Flucht glückte, doch „ich habe nie mehr Heimat gefunden“. Bis heute beklagt er den Verlust der Heimat als größtes Defizit in seinem Leben.

Wie viele Fluchten von Spitzeln verraten und wie viele Fluchtwillige und Unterstützer von der DDR-Geheimpolizei verhaftet wurden, weiß bis heute niemand genau. Experten gehen davon aus, daß fast 80 Prozent der geplanten Fluchten in den 1980er Jahren scheiterten. Wurde ihre Tat vor der Vollendung von den staatlichen Sicherheitsbehörden entdeckt und verhindert, drohte eine harte Bestrafung. Hartwig Schuster aus Halle, Haftrichter unter der DDR-Justizministerin Benjamin, sollte gegen eine DDR-Bürgerin einen

Haftbefehl wegen der „Verleitung zur Republikflucht“ ausstellen. Aus einer öffentlichen Telefonzelle rief er Frau Nook an: „Gehen Sie sofort zum Bahnhof, steigen Sie in den Zug und gehen Sie rüber“, warnte er. Ein Spitzel verriet die beiden an die Stasi. Schuster wurde verhaftet und wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, Frau Nook bekam anderthalb Jahre Zuchthaus. Nach der Entlassung aus der Haft gelang Schuster die Flucht in den Westen, wo er Frau Nook wiedertraf, die ihn im Haus aufnahm. Bald fand er Arbeit bei einer Rechtsschutzversicherung. Nach dem Mauerfall kehrte Schuster nach Halle zurück und wurde Richter bei dem Gericht, von dem er einst verhaftet worden war.

Außer Flüchtlingen und Fluchthelfern kamen viele Antragsteller auf Ausreise unter Vorwänden in Haft. Ihr Wunsch nach Freiheit und Familienzusammenführung wurde vom SED-Regime mit Kriminalisierung und vor allem mit der Zerstörung ihrer Familien durch geheimdienstliche Zersetzung beantwortet. Müttern – wie Monika Behrent und Christa Hecker – wurden die Kinder weggenommen und zwangsweise in DDR-Kinderheime eingeliefert, obwohl andere Familienangehörige das Sorgerecht übernehmen wollten. Roswitha Drabek wurde die Tochter weggenommen und zur Zwangsadoption freigegeben. Mit siebzehn kam sie nach einem gescheiterten Fluchtversuch ins Frauengefängnis nach Hoheneck. Wie sie leiden bis heute viele an den Folgen der Haft: „Ich bin physisch und psychisch durch die Inhaftierung zerbrochen. Das Trauma sitzt zu tief. Auch verschiedene Therapien und Krankenhausaufenthalte halfen mir nicht wirklich.“

Die Fluchtgründe und die Fluchtwege änderten sich im Laufe der Zeit. Das wird in diesem Buch deutlich. Durchgängig blieben die Fluchtmotive aus der DDR. Die Vorstellung eines anderen, freien, selbstbestimmten Lebens war mit dem Kontrollwahn des Regimes nicht vereinbar. „Ich habe mich nie entmutigen lassen“,

schreibt Michael Gleau, „mein Leben frei und selbst zu gestalten, Standhaftigkeit und unerschütterlicher Wille waren meine besten Berater.“ Wolfgang Wietzker setzt in seinem Buch und den darin aufbewahrten Erinnerungsfacetten der im wahrsten Wortsinn eigensinnigen Zeitzeugen einen wichtigen Kontrapunkt zum Gerede der ewig Gestrigen vom „gut gelebten Leben“ in der DDR.

*Angela Schmole*

**Anke Fiedler: Medienlenkung in der DDR (=Zeithistorische Studien. Hg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Band 52). Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2014, 496 Seiten, 59,90 €.**

Auf den ersten Blick müßte der Rezensent die Besprechung der Dissertation von Anke Fiedler wegen Befangenheit ablehnen. Denn die Autorin geht mit seinen Veröffentlichungen vor und nach der „Wende“ wieder einmal harsch ins Gericht. Sie hält ihm vor, seine Wortwahl und Argumentation hätten sich nie geändert. Aber warum auch? Konnten doch nach der Öffnung der DDR-Archive die Befunde der westdeutschen SED-kritischen DDR-Forscher weitgehend verifiziert werden. Für Frau Fiedler sind das jedoch Ergebnisse einer nach wie vor undifferenziert agierenden „Propagandaforschung“. Obwohl der Rezensent erkennbar eklektisch mit Fakten umgehe, würden seine Publikationen inzwischen als Standardwerke der wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Mediengeschichte gelten. Sie dürften deshalb „selbstverständlich in keinem Literaturverzeichnis fehlen“. Hier will Anke Fiedler endlich für Abhilfe sorgen, da es bislang keine echte Alternative zu seinen Büchern gäbe. Deshalb möchte sie mit ihrer Arbeit dieses Vakuum nicht nur füllen, „sondern zugleich einen Gegenentwurf zu Holzweißigs Werken liefern“.

Offenbar glaubt die Autorin, einen Gegenentwurf auf der Grundlage ihrer steilen

These liefern zu können, die staatliche Öffentlichkeitsarbeit in der DDR sei begrifflich besser mit Public Relations (PR) als mit dem Propagandakonzept zu erklären. Sie stützt sich dabei auf den in der Forschung umstrittenen PR-Begriff des Münsteraner Kommunikationswissenschaftlers Klaus Merten, der PR-Arbeit als „Differenzmanagement zwischen Fakten und Fiktionen“ definiert. Jürgen Wilke hält dagegen, daß es sich hier um einen westlichen Begriff handle, der einem ganz anderen Systemzusammenhang entstamme und der impliziere, daß so etwas wie Wettbewerb in einem offenen Meinungsmarkt herrsche. Davon könne in der DDR keine Rede gewesen sein. Unbeeindruckt von Einwänden aus der Fachwelt, beharrt Anke Fiedler auf der Anwendung des Differenzmanagement-Konzepts für die Analyse der Öffentlichkeitsarbeit der SED, wie sie es schon in mehreren Veröffentlichungen getan hat – meist zusammen mit ihrem Doktorvater, dem Münchener Medienwissenschaftler Michael Meyen.

Das Ergebnis ihres intensiven Aktenstudiums und ihrer Interviews mit 31 ehemaligen DDR-Journalisten hat im Grunde nur das bestätigt, was Anke Fiedler eigentlich widerlegen wollte. Die Strukturen und die Vorgehensweise des SED-Medienlenkungsapparats haben sich nie grundlegend verändert. Sie wurden lediglich seit 1947 – nach dem Verzicht der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Vorzensur – den jeweiligen tagespolitischen Erfordernissen angepaßt. Personelle Wechsel in der Spitze der SED-Agitationsbürokratie haben zwar den Führungsstil variiert, aber die straffe Medienlenkung nicht in Frage gestellt. Freiräume für die Journalisten gab es nicht. Es sei denn, man hat sie ihnen aus taktischen Gründen gewährt. Deshalb sind es auch keine neuen Erkenntnisse, daß die Zeitungen der Blockparteien oder das FDJ-Organ *Junge Welt* ihre Zielgruppen partiell differenziert ansprechen konnten, ohne das Meinungsmonopol der SED zu unterlaufen.

Im SED-Staat unterlagen die Medien mit Ausnahme der Kirchenzeitungen keiner Vorzensur. Die letzteren mußten vor der Drucklegung ihre Manuskripte im Presseamt vorlegen. Ansonsten herrschte eine „Zensur ohne Zensor“. Das heißt, die Redaktionen erhielten vom SED-Zentralkomitee „Empfehlungen“, die bei Nichtbeachtung von Nachzensoren sanktioniert werden konnten. Die Schere im Kopf und vorauseilender Gehorsam der Journalisten perfektionierten das Ganze, ohne daß ein institutionalisierter Zensor benötigt wurde.

Die Autorin bestreitet jedoch, daß es in der DDR keine Vorzensur gab. Ein Beispiel dafür sei, daß Erich Honecker vier Tage vor dem Erscheinen des *Neuen Deutschland* (ND) am 23. August 1974 Vorschläge für den Seitenspiegel der ersten Seite angefordert hat – es ging um die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Frontenwechsels Rumäniens im Zweiten Weltkrieg. Honecker handelte hier als selbsternannter „General-Chefredakteur“, der sich intensiver als sein Vorgänger Walter Ulbricht wie ein Chefredakteur um die drei Leitmedien *Neues Deutschland*, *Aktuelle Kamera* und die Nachrichtenagentur ADN kümmerte. So redigierte er auch Meldungen westlicher Nachrichtenagenturen, die ADN dann zu übernehmen hatte. Nach der 19 Uhr beginnenden *heute*-Sendung des ZDF konnte es passieren, daß die Redaktion der *Aktuellen Kamera* in letzter Minute noch Anweisungen von ihm für die 19.30 Uhr-Ausgabe erhielt. So agieren Chefredakteure und nicht Zensoren. Hinzu kommt, daß Honecker ein Faible für den Journalismus hatte. Als Jungkommunist im Saarland hat er für die *Arbeiter-Zeitung* geschrieben. Deshalb sollen ND-Leitartikel, die von ihm stammten oder in Auftrag gegeben wurden, mit dem Kürzel AZ versehen worden sein.

Die Autorin beginnt ihre ausführliche Schlußbetrachtung mit einem überraschenden Eingeständnis, das eigentlich nahtlos in das von ihr so gescholtene „Propagandakonzept“ paßt: „Natürlich kann

und soll dieses Buch das Rad nicht neu erfinden. Vieles von dem, was man über das Thema Medienlenkung in der DDR weiß, hat sich auch hier bestätigt: Einen freien Journalismus, wie in demokratischen Gesellschaften, hat es in dem Land nie gegeben. Wer gegen die Gesetze der Partei verstieß, dem drohte Arbeitsplatzverlust, in den Anfangsjahren sogar das Zuchthaus. Und letzten Endes ging es doch ohnehin immer nur darum, das zu schreiben, was die Herrschenden hören wollten.“ So war es.

Inzwischen hat die Forschung bei der Erschließung der Akten zur SED-Medienpolitik ganze Arbeit geleistet. Am gründlichsten hat dies die Autorin mit ihren Recherchen im Bundesarchiv, in der Stasi-Unterlagenbehörde und im Archiv des Liberalismus getan. Die Signaturen der dort von ihr eingesehenen Aktenbestände hat sie auf neun Druckseiten aufgelistet. Aufgrund der breiten Quellenbasis eignet sich ihre Arbeit als Nachschlagewerk. Insbesondere dann, wenn die für die SED-Medienlenkung zuständigen, häufig schwer zu ermittelnden Akteure gesucht werden.

Neuerdings wird darüber diskutiert, ob die DDR schon „ausgeforscht“ sei. Für die Medienlenkung der SED trifft das jetzt in der Tat zu. Deshalb schlägt wohl die gebürtige Stuttgarterin Anke Fiedler (Jahrgang 1981) vor, man sollte das Phänomen der „lebensgeschichtlichen Betroffenheit“ der DDR-Forscher selbst zum Gegenstand der Forschung machen. Damit meint sie natürlich nur die „Propagandaforscher“. Wie wäre es, wenn man auch andere einbezieht. Etwa Michael Meyen (Jahrgang 1967), der in Leipzig im „Roten Kloster“ als Parteijournalist sein Studium begann und heute zum eigenen Erstaunen Universitätsprofessor in München ist.

*Gunter Holzweißig*

**Ernest Kuczyński (Hrsg.) „Im Dialog mit der Wirklichkeit“ Annäherungen an Leben und Werk von Jürgen Fuchs. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2014, 512 Seiten, 19,95 €.**

Auch noch ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ geistern in der Presse zuweilen irritierende Wortmeldungen, die der jahrzehntelangen Teilung Deutschlands und Europas geschuldet sind. Da moniert ein führendes Mitglied der Partei „Die Linke“ ganz in der traditionellen „Tscheckisten“-Logik eine „Kampagne“ des Westens gegen den Osten: Die Menschen in Ostdeutschland hätten „nicht länger Lust, sich von Leuten, die keine Ahnung über den Alltag der DDR haben, Vorhaltungen machen zu lassen“.

Das läßt aufhorchen, zumal hier eine merkwürdige Ost-West-Teilung in der Wahrnehmung suggeriert wird, die es so nie gegeben hat. Als Beispiel lassen sich die Gedichte und Erinnerungen von Jürgen Fuchs (1950–1999) anführen, die noch heute atmosphärisch verdichtete Einblicke in den Alltag der DDR vermitteln, doch leider hatten seine Bücher, die in der DDR entstanden sind und über sie gehandelt haben, in der DDR nicht veröffentlicht werden dürfen. Angesichts selbsternannter Sachwalter in Sachen Erinnerung an die DDR ist die vorliegende Veröffentlichung des polnischen Germanisten Ernest Kuczyński um so mehr zu begrüßen. Anlässlich des 15. Todestags des Schriftstellers, Bürgerrechtlers und Psychologen Jürgen Fuchs nimmt sich dieser umfangreiche Band vor, „Annäherungen an Leben und Werk von Jürgen Fuchs“ in drei großen Themenblöcken zu vermitteln. Neben insgesamt 33 Beiträgen verschiedener Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler kommt Jürgen Fuchs in einem ausführlichen Gespräch mit Doris Liebermann auch selbst zu Wort.

Im ersten Teil „Kämpfer gegen das Vergessen – Jürgen Fuchs in memoriam“ finden sich persönliche Erinnerungen von

Bekannten, Freunden und Weggefährten wie etwa Wolf Biermann, Karl Wilhelm Fricke, Roland Jahn, Wolfgang Templin oder Adam Zagajewski. Im zweiten Teil „Wer hört mich, wenn ich schweige“ – engagierte Literatur der Erinnerung“ steuern verschiedene Autoren Zugänge zum literarischen Selbstverständnis von Jürgen Fuchs bei. Da findet sich neben Herta Müllers Interpretation „Der Blick der kleinen Bahnstationen“ oder der Erinnerung von Edwin Kratschmer „Papier, wir haben Feinde“ etwa auch Holger Ehrhardts Beitrag „Unbehagen. Exilerfahrungen im Werk von Jürgen Fuchs“, welcher unter anderem auf die für den jungen Jürgen Fuchs nachhaltige Lektüre von Victor Klemperers *LTI* hinweist. Besonders Klemperers Zitat „Beobachte, studiere, präge dir ein, was geschieht!“ habe eine besondere Aufmerksamkeit bei Fuchs gefunden.

Wenn man den Mauerfall als Zäsur sieht, hat Fuchs bereits in der Zeit davor eine Art Dokumentation des Geschehens zu erstellen versucht und sich im nachhinein wiederum gegen eine allgemeine Amnesie eingesetzt. In seiner Studie „Literarischer Widerstand gegen die Umstände. Rezeption und Wirkung von Jürgen Fuchs im 21. Jahrhundert“ erarbeitet Ernest Kuczyński in diesem Zusammenhang die Begriffe „Ästhetik der Einmischung“ und „Ästhetik der Erinnerung“.

Der abschließende dritte Teil „Leben mit doppeltem Film“ – biografische Stationen zwischen Ost und West“ untersucht anhand konkreter biographischer Situationen im Leben von Jürgen Fuchs verschiedene Prägungen und Erfahrungen. So belegt Udo Scheer, Freund und späterer Biograph von Jürgen Fuchs, in seinem Beitrag „Frei sein von allen Zwängen des Denkens und Sprechens. Literarische Opposition und politische Exmatrikulation von Jürgen Fuchs“ die für Jürgen Fuchs typische enge Verzahnung zwischen dem literarischen Anspruch und seinem politischen Handeln. Die Formel „Sagen was ist“ kennzeichnete das Denken und Schreiben

von Jürgen Fuchs. Aufmerksam spürte er der Bildung einer „Sklavensprache“ (Hans Mayer) nach, die sich gesellschaftspolitischen Zwängen beugt und den angepassten Typus des sattsam bekannten Mitläufers hervorbringt. Auch die meisten Intellektuellen in der DDR sind zumeist erst nach der politischen „Wende“ von 1989 mit „kessen Sprüchen“ (Gregor Gysi) an die Öffentlichkeit getreten. Der Student der Sozialpsychologie Jürgen Fuchs aber hatte bereits wenige Tage, nachdem er sich während einer Aussprache mit der Universitätsparteileitung geweigert hatte, die von ihm geforderte übliche Selbstkritik zu leisten, diese tribunalartige Situation auf acht Seiten zu Papier gebracht und im Freundeskreis verteilt. Dieser Tabubruch, so Udo Scheer, „stellt eine für die DDR neue Form oppositioneller Dokumentarliteratur dar, eine Form, die in der Folgezeit auch andere bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat nutzen, um Öffentlichkeit herzustellen“. Diesem Verfahren ist Jürgen Fuchs zeitlebens treu geblieben, ob während seiner neunmonatigen Haft im zermürbenden Würgegriff der Staatssicherheit oder auch in seinen Jahren nach der erpreßten Ausbürgerung nach West-Berlin. Er hatte dem Kraken ins Antlitz geblickt und alles unternommen, um das, was er gesehen und erlebt hatte, festzuhalten und zu beschreiben. Selbst nach seiner Abschiebung in den Westen fühlte sich der ehemalige Dissident von der Staatssicherheit belästigt. Als es zu einem Brandanschlag kam, hatten Freunde in West-Berlin durchblicken lassen, daß hier Begebenheiten überinterpretiert werden. Die Einsicht in die Stasi-Akten, für deren Freigabe Jürgen Fuchs sich vehement eingesetzt hatte, offenbarten die differenzierten „Maßnahmepläne“ der Stasi. Ihr Arm hatte weiter gereicht, als die meisten dachten. Die Methode des Schriftstellers und Psychologen Jürgen Fuchs, Verhältnisse aufzudecken, in denen Machtmißbrauch und subtile Gewalt sich am Leben halten, indem sie Haltungen des Wegsehens, der Angst und auch der Feigheit erzwingen, ist keineswegs überholt.

Nicht wenige jener Wortmeldungen, die heute damit beschäftigt sind, die DDR zu entdramatisieren, sind unter gerade diesen Bedingungen aufgewachsen, die Fuchs kompromißlos beschrieben und in ihrer Unmenschlichkeit entlarvt hatte.

*Volker Strebel*

**Thomas von Lindheim: Verdeckte Ermittler. Die Hauptabteilung IX des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. München: AVMpress 2014, 246 Seiten, 44,90 €.**

Als der Schreiber dieser Zeilen das Buch des Autors Thomas von Lindheim zum ersten Mal in die Hand nahm und flüchtig durchblätterte, war er zunächst beeindruckt: Endlich liegt eine vorbildlich strukturierte Gesamtdarstellung über eine der wichtigsten Diensteinheiten im Repressionsapparat des MfS, die auch als Vernehmerabteilung bezeichnete Hauptabteilung IX (HA IX) vor. Was die personell gut ausgestattete Forschungsabteilung der Stasiunterlagenbehörde (BStU) nach zwanzig Jahren Existenz nicht geschafft hat, hat nun schließlich ein einzelner ambitionierter Wissenschaftler realisiert.

Leider wurde von Lindheim den voreilig in ihn gesetzten Erwartungen nicht gerecht, und nach eingehendem Studium der Publikation muß der Rezensent leider ein negatives Votum abgeben.

Die Darstellung mit vielen sachlichen Fehlern erscheint wie ein unvollendetes und oberflächliches Sammelsurium über die Tätigkeit der HA IX und damit zusammenhängende Justizaspekte. Offensichtlich handelt es sich um ein vor über zehn Jahren entstandenes und wegen gravierender Mängel nicht zur Veröffentlichung gelangtes Manuskript des promovierten Juristen.

Seine im Vorwort vorgetragene Hauptthese vom permanenten Gesetzesbruch der Partei und Staatsicherheit beim Umgang mit politischen Gegnern durch das in der DDR herrschende „Primat der Politik“ kann der Autor nicht überzeugend belegen. Vielleicht verzichtete er auch deshalb auf ein Resümee am Ende des Buches.

Ein wesentliches Defizit der Studie besteht aus der Sicht des Historikers darin, daß die behandelten Sachverhalte und Tätigkeitsfelder des MfS zumeist nicht in der historischen Entwicklung beschrieben und in sie eingeordnet werden. Oft vertieft sich

von Lindheim in juristische Teilaspekte, die mit der eigentlichen Fragestellung wenig zu tun haben.

Als Quellenbasis seiner Ausarbeitung dienten dem Autor hauptsächlich MfS-Dokumente und offizielle DDR-Gesetzestexte aus den 1970er und 1980er Jahren. Für das Thema relevante Aktenüberlieferungen der SED-Führungsgremien, wie zum Beispiel der Abteilungen Sicherheitsfragen bzw. Staats- und Rechtsfragen des Zentralkomitees, im ehemaligen Parteiarchiv wurden nicht ausgewertet.

Die Gliederung der Arbeit ist künstlich aufgebläht. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß die Unterpunkte hinsichtlich ihres Umfangs in keinem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Im Einzelfall folgt der Zwischenüberschrift sogar nur eine belanglose Textzeile: „Beide Bestimmungen kamen sehr häufig vor“.

Weiterhin ist die analytische Durchdringung und quellenkritische Bewertung des verwendeten Faktenmaterials sehr mangelhaft. Viele Textpassagen erinnern an eine Aneinanderreihung von Anordnungen und Befehlen der MfS-Verantwortlichen sowie von normativen Unterlagen anderer staatlicher Gremien. Dabei übernimmt der Autor mitunter auch unreflektiert die Diktion und den bedenkenlosen Wertebrauch der DDR-Herrschaftssprache.

Bei der Beschreibung der konkreten Verfolgungspraxis der Staatssicherheit bewegt sich der Autor – wenn überhaupt – weitestgehend auf abstrakter Ebene. Auf eine Veranschaulichung durch Fallbeispiele aus den Untersuchungsvorgängen der Stasi oder aus den unzähligen Erinnerungspublikationen ehemaliger politischer Gefangener verzichtet er. Um einzelne Steuerungselemente und -mechanismen im Justizwesen der DDR aufzuzeigen, beruft er sich dagegen auffällig oft auf einen Artikel von Wolfgang Behlert, dessen bibliographische Angaben von ihm völlig entstellt wurden.

Viele wichtige Aussagen im Text bleiben ohne Quellenbeleg. Durch eine übliche Lektorierung hätten darüber hinaus widersprüchliche Angaben, unnötige Wiederholungen, unpassende Überschriften, ein falscher Satzbau oder offensichtliche Tippfehler (zum Beispiel „Kolloquium“ anstelle von Kollegium; „MdL“ anstelle von Mdi; „VOR“ anstelle von VRD) vermieden werden können.

Der Anhang des Buches enthält zweckdienliche Übersichten zur Entwicklung der Mitarbeiterzahl und zu den Dienstobjekten der HA IX sowie zur „Kommerziellen Fluchthilfe“. Die Beifügung eines Personenregisters hielt von Lindheim dagegen nicht für nötig.

Besonders peinlich ist sein „Literaturverzeichnis“, das diese Bezeichnung eigentlich nicht verdient. Es enthält die Auflistung von insgesamt nur 24 Titeln. Davon erschienen sieben zumeist nebensächliche längere Abhandlungen und Zeitschriftenartikel bereits in den 1940er und 1950er Jahren. Bei fünf weiteren Ausarbeitungen handelt es sich um Qualifizierungsarbeiten von MfS-Offizieren an der Stasi-Hochschule in Potsdam-Eiche. Wie der Fußnotenapparat enthält auch der Nachweis der verwendeten Literatur nicht ein Standardwerk über die HA IX (zum Beispiel Johannes Beleites, Karl Wilhelm Fricke, Katrin Passens, Rita Selitrenny), was letztlich ein weiterer Beleg für die zweifelhafte Qualität der vorliegenden Studie ist.

*Peter Erler*

**Ines Geipel: Generation Mauer. Ein Porträt. Stuttgart: Klett-Cotta 2014, 275 Seiten, 19,95 €.**

Noch ein Etikett mehr für den Zettelkasten historischer Ordnungsversuche, noch ein Generationenbuch also. „Vorkriegskinder, Kriegskinder, Nachkriegskinder, Aufbaukinder, Zonenkinder, Einheitskinder, sogar Eisenkinder gibt es. Es gibt die Generation Golf, die Generation Ally, die

Generation Praktikum, die Achtundsechziger, die Babyboomer, na und so weiter“. Ines Geipel, die Autorin des vorliegenden Bandes, weiß um das Inflationäre derartiger Zeitgeschichten und schreckt nicht davor zurück, eine eigene hinzuzufügen. Die Generation der in den 1960er Jahren in der DDR Geborenen sei schließlich bislang „seltsam unerzählt geblieben“, wie die 1960 in Dresden geborene Schriftstellerin meint.

Anlaß genug, sich an einem Generationenporträt zu versuchen, das sich über weite Strecken eher wie eine Selbstfindungsgeschichte liest. Wer aufgrund des Titels ein linear argumentierendes, vielleicht sogar auf Fakten basierendes Sachbuch erwartet hatte, dürfte jedenfalls schnell enttäuscht sein. Locker-leicht-beschwingt beginnt der Text mit der Schilderung einer Bohème-Party im Berliner Westen, um unversehens in einen ebenso schwerfälligen wie assoziativ-sprunghaften Gedankenstrom überzugehen, in dem der Leser ein ums andere Mal die Orientierung zu verlieren droht. Immer wieder teilt die Autorin mit, daß sie sich über ihre eigenen Beweggründe und Ziele nicht im klaren ist. „Ich weiß nicht, warum mir ausgerechnet an der Stelle ein Detail einfällt. Und warum dieses.“

In acht Kapiteln, die allesamt und zu Recht als „Versuch“ betitelt sind, unterzieht sich die Verfasserin einer mühseligen Selbstbefragung, bei der nebenbei eine höchst subjektive, fragmentarische und dennoch stellenweise erhellende Generationsskizze entsteht. Die Frage, wodurch die vorgebliche Generation der Mauerkinder zu einer Generation wird, was sie von ihr vorhergehenden und ihr nachfolgenden Generationen unterscheidet, wirft Geipel durchaus auf. Die Antworten jedoch muß der Leser sich aus dem wild mäandernden Gedankenfluß selbst zusammensuchen. Nicht immer gelingt das. Zumal die Autorin mit Begriffen und Sprachbildern eher frei, manchmal salopp, dann wieder literarisch umgeht. „Kriegskinder spielen nicht mit Bällen, sondern

auf den Halden des Unverfügbaren“, ist einer dieser typischen Geipel-Sätze, die den Leser ratlos zurücklassen.

Zehlendorfer Eliten treffen auf Ost-Berliner Hinterhofintellektuelle, Virginia Woolf trifft auf Woody Allen, Botho Strauß auf Heiner Müller, dazwischen eingestreute Bemerkungen zur Kriegskinderforschung. Alles hängt hier mit allem zusammen, irgendwie: das kriegszerstörte Berlin, die DDR der 1960er Jahre, der Freitag der Dichterin Inge Müller und mittdrin Ines Geipel als Herausgeberin ihrer Gedichte.

Wer sich von diesem Ideen- und Assoziationskonglomerat nicht schrecken läßt und sich auf Geipels sehr eigenwillige Methode der psychohistorischen Seelenarchäologie einläßt, kann dennoch einigen Gewinn aus der Lektüre ziehen, zumal die Autorin mit fortschreitender Seitenzahl ihren Text mehr und mehr in den Griff bekommt.

Geipel taucht ab in den „Basalraum“ ihrer Dresdner Kindheit, und was sie dort findet, ist eine Geschichte von Angst und Gewalt, in der sie das katastrophale 20. Jahrhundert gespiegelt sieht: der Großvater bei der SS, der opernliebende und gegen seine Tochter gewalttätige Vater mit einer Doppelsexistenz als Kinderfreund und Stasi-Spion. Es ist eine vom Krieg gezeichnete Familie, die sich der Zukunft und dem Sozialismus verschrieben hat, umstandslos von der einen Diktatur in die andere übergeht und im „Wir“ Halt findet.

Die Unfähigkeit zur Trauer korrespondierte dabei mit den Erinnerungsverboten der Machthaber: Der stalinistische Terror, die Vertreibungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, die Zwangsvereinigung von SPD und KPD oder auch die Mitschuld kommunistischer Funktionäre am Funktionieren des Lagersystems der Nationalsozialisten haben keinen Platz in der offiziellen Erinnerungskultur. „Die Schweige-Zonen waren total.“ Der Bau der Mauer verstärkte das Schweigen: „Insofern stand die Mauer nicht nur vertikal,

sie legte sich auch wie eine Betondecke quer über das ganze Land“, schreibt Geipel. So entsteht das Bild einer seelisch kranken Gesellschaft, in der nicht das Sein das Bewußtsein, sondern das verdrängte Unbewußte das Sein bestimmt. Und so entwirft die Autorin eher ein Psychogramm der Ostdeutschen als das Porträt einer Generation. Die Kultur des Schweigens und Verdrängens betraf nicht nur die Generation der „Mauerkinder“.

Es irritiert und fasziniert gleichermaßen, wie umstandslos Geipel hier eine Art psychischen Kollektivorganismus umrundet, seziiert und beschreibt, in dem die Generationen des 20. Jahrhunderts durch eine „Geheimsprache des Unbewussten, feinnervige psychische Erbgänge“ verbunden sind.

Diese übergangslose Ineinssetzung von Gestern und Heute, Außen und Innen, Privatem und Politischem ist für den sorgsam sein methodisches Handwerkszeug pflegenden Historiker eine Zumutung. Aber es berührt auch in seiner Ernsthaftigkeit und macht das Besondere dieses Buches aus. „Ich will das schreiben. Die Risse, den Schmerz und darüber die eigenen Angriffsflächen offenlegen.“

Zugänglicher und weniger zudringlich wird der Text, wenn Geipel ganz bei sich und ihren unmittelbaren Erfahrungen bleibt, etwa wenn sie die schlichte Willkür der SED-Herrschaft am Beispiel der Jenaer Universität, wo sie in den späten 1980er Jahren Literatur studierte, beschreibt. Etliche ihrer Kommilitonen wurden aus politischen Gründen exmatrikuliert, andere spitzelten für die Staatssicherheit. Auch bei der Suche nach Auswegen aus der Agonie der späten Honecker-Jahre in Kunst und Kultur und im Kontakt mit der überschaubaren Jenaer Dissidentenszene mag man der Verfasserin folgen. „Enge Grenzen und Möglichkeiten auszuloten, gehörte zu ihrem suchenden Dazwischen“, bescheinigt sie ihrer Generation als Reaktion auf die Zwänge, denen sie ausgesetzt war.

Die eingeflochtenen Lebensgeschichten von Freunden und Bekannten – allesamt Generationsgenossen – geben dem Text ebenfalls Bodenhaftung. Zu Wort kommen Menschen, denen die Autorin sich verbunden fühlt und die ihr ähnlich sind: Künstler und Intellektuelle, die auf der Suche nach Individualität und Identität mit der DDR kollidierten und sich ihr auf vielfältige Weise entzogen – Angehörige einer „skeptische[n] Generation Mauer“. 1989/90 wird für diese Wißbegierigen und im besten Sinne Unzufriedenen zur Chance, sich die verdrängte Geschichte des 20. Jahrhunderts anzueignen, sich vom Schweigen zu emanzipieren und zu sich selbst zu finden.

Nicht der Mauerfall, sondern der 4. November 1989 mit seiner Berliner Massendemonstration markiert für Geipel den historischen „Brückentag“, an dem das „das Schweige-System DDR“ aufbrach. Für sie selbst war die Flucht über die ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989 der entscheidende Wendepunkt ihres Lebens und eine doppelte Befreiung: vom politischen System der Angst und des Schweigens und von ihrer schweigenden, gewalttätigen Familie.

Raum für euphorische Freude bleibt zunächst wenig. Es galt, ein neues Leben, vielleicht sogar eine neue Identität aufzubauen: „...ich stehe da, mit den gekappten Fäden meines Lebens in der Hand“. Ähnlich dürfte es nach 1989 Millionen Ostdeutschen – nicht nur den damals 20- bis 30-Jährigen – gegangen sein, die trotz aller Erleichterung über das Ende der SED-Diktatur vor einem Aufbruch ins Unge- wisse standen, in einem „eigenartigen Zustand von Doppelbelichtung. Das Alte war da. [...] Das Neue verlangte mir alles ab.“ Es ist gut, in diesem Mal-Wieder-Gedenkjahr auch daran zu erinnern.

Am Ende schlägt Geipel trotz aller Kritik an verfehlter Aufarbeitung und Diktaturverharmlosung einen geradezu versöhnlichen Ton an. Sie selbst und die meisten der von ihr befragten Freunde, Genera-

tionsgenossen und Mitschüler sind im vereinten Deutschland angekommen; sie haben aus dem „Glücksfall“ 1989 das Beste gemacht.

Daß all das nicht repräsentativ ist, daß Ines Geipel mit ihrer Leistungssportkarriere und dem exklusiven Literaturstudium ebensowenig für eine ganze Generation sprechen kann wie ihre Freunde aus der dünnen Schicht der systemfernen Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler, wäre bei so viel Glück ein kleinlicher Einwand gegen dieses ärgerliche, widerspenstige und dennoch anregende Buch.

*Andreas Stirn*

**Peter Felten: Doppelagent im Kalten Krieg. Träumer im Traumland DDR, Innenansichten zweier Stasi-Knaste. Aachen: Helios Verlag 2014, 267 Seiten, 22 €.**

Mit seinen Erinnerungen legt der 1943 in Marialinden im Rheinisch Bergischen Kreis geborene Peter Felten Innenansichten der besonderen Art vor. Als Journalist der *Kölnischen Rundschau* hatte er im Sommer 1974 Post aus Ost-Berlin bekommen. Im „Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsjournalistik“ war Felten angefragt worden, ob er sich einen Nebenverdienst vorstellen und zuweilen bestimmte Informationen über „Messen und Ausstellungen, offene Fachtagungen der Industrie, Mitarbeit an Dokumentationen und populärwissenschaftliche Veröffentlichungen sowie Exklusivberichterstattungen“ beitragen könne. Da war eigentlich bereits offensichtlich, daß es nicht mit rechten Dingen zugehen konnte, zu ungewöhnlich war der angedeutete Datenaustausch über den „Eisernen Vorhang“ hinweg.

Peter Felten suchte unverzüglich Rat beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz BfV. Die Beamten des Verfassungsschutzes rieten ihm, zum Schein auf dieses Angebot einzugehen – und Felten geriet unverzüglich in einen Mechanismus, der zusehends an Eigenleben gewann und Felten

einer gnadenlosen Dynamik aussetzen sollte.

Fast dreißig Mal reiste Felten mit Wissen des bundesdeutschen Verfassungsschutzes nach Ost-Berlin. Das Material, welches er dort übergab, war mit seinem Führungsoffizier abgesprochen. Wohldosiert wurde zu wirklichen Treffern auch sogenanntes Spielmaterial beigelegt. In jedem Falle war es das Bestreben des Verfassungsschutzes, eventuelle Mechanismen der Dienste auf der Gegenseite ausmachen zu können.

Die Frontstellung der Geheimdienste war nicht so eindeutig, wie die Ost-West-Teilung dies suggeriert. Doppelagenten arbeiteten für beide Seiten, und wer konnte wissen, ob ein doppelter Boden nicht noch zusätzliche Tücken bereithielt.

Hatten etwa die ostdeutschen Dienste längst Informationen darüber erhalten, daß Felten im Auftrag des bundesdeutschen Verfassungsschutzes handelte?

Im August 1979 schnappte für Peter Felten in Ost-Berlin die Falle zu. Mit den Worten „Haben wir Dich endlich, Du Schwein“ wurde er in einer konspirativen Villa von einem Mann in Zivil empfangen. Ganz offensichtlich mußte ein „Maulwurf“ der Stasi aus dem Westen weitergemeldet haben, daß Felten Anbindung an das BfV hatte, zu detailliert und konkret waren die Anschuldigungen, denen sich Felten ausgesetzt sah. Aus Ost-Berliner Sicht war Peter Felten ein feindlicher Spion, zumal er sich bei der Stasi mit Unterschrift zur Geheimhaltung seiner Zuträgerschaft verpflichtet hatte.

Feltens Verhaftung in Ost-Berlin folgte die Farce einer Gerichtsverhandlung und eine Verurteilung zu zwölf Jahren Haft. Felten berichtet über seine Erlebnisse, die er während der fünfmonatigen Untersuchungshaft im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen sowie nach seiner Verlegung in das Zuchthaus Bautzen II hatte. Insgesamt hatte Peter Felten neunzehn Monate in DDR-Gefängnissen verbracht,

ehe er zusammen mit acht weiteren Häftlingen während eines spektakulären Gefangenenaustausches gegen Christel Guillaume, die Ehefrau des berühmten Kanzleramtsspions Günter Guillaume, in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben wurde.

Zur Lesbarkeit von Peter Feltens Erinnerungen trägt auch eine gut durchkomponierte Darstellung dieser spannenden Jahre bei. Zugleich spürt man, daß ihn diese Vorgänge bis heute noch innerlich aufwühlen. Durch eingeblendete Briefe und Korrespondenz seiner damaligen Lebensgefährtin Irene Steffen mit verschiedenen Ministerien und Politikern wird der Spannungsbogen zusätzlich aufrechterhalten. Bald wird deutlich, daß der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt diesen Vorgang mit Priorität zur Kenntnis genommen und offenbar entscheidende Schritte zur Lösung dieses Falles in die Wege geleitet hatte.

Schonungslos geht Felten mit sich ins Gericht, wenn er an seine damalige Abenteuerlust und Naivität denkt. Bereits im DDR-Gefängnis hatte er Zeit genug gehabt, sein Handeln zu beurteilen. Auch andere Mithäftlinge hatten für den Verfassungsschutz gearbeitet. Zuweilen drängte sich der Gedanke auf, ob sie nicht etwa verheizt worden waren. „Der Dank des Vaterlandes wird dir ewig hinterherhinken!“ war einer jener Knastsprüche, die diese Ausgeliefertheit zum Ausdruck brachten. Zugleich offenbarte die Innenansicht in Spezialgefängnissen der DDR, daß einsitzende Westbürger gegenüber ihren Häftlingsgenossen-Ost offensichtlich in privilegierter Position waren.

Der abschließende Teil dieser lesenswerten Erinnerungen ist Peter Feltens Versuchen gewidmet, die beiden Termine seiner Akteneinsicht in der Gauck-Behörde auszuwerten. Felten recherchiert nach Namen, was nicht zuletzt im Dschungel der Klar-, Deck- und Tarnnamen kein leichtes Unterfangen ist, zumal Schwärzungen zugunsten des Personenschutzes hinzukommen. Ganz offensichtlich hatte ihn

Joachim Krase, Oberst beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) in Ost-Berlin auffliegen lassen. Damit erklärt sich für Felten auch eine Handlungsanweisung des damaligen Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heribert Hellenbroich, dem MAD keine weiteren Informationen über geheime Operationen mehr zukommen zu lassen.

Felten schildert auch seine persönlichen Begegnungen mit ehemaligen Beteiligten, die er nach der Wiedervereinigung aufgesucht hatte. Einer seiner damaligen Vernehmer, der ihm psychisch stark zugesetzt hatte, schien aus allen Wolken zu fallen, schließlich sei man doch immer gut miteinander ausgekommen. Und er ergänzt, daß seinerzeit auch die Vernehmer untereinander kaum in einen Austausch von Hintergrundwissen einbezogen worden seien. Der Apparat hat sich in seiner Anonymität unsichtbar gemacht. Geblieben sind lediglich einzelne Rädchen im Getriebe. Die allerdings haben reibungslos funktioniert.

*Volker Strebel*

**Ewald König: Kohls Einheit unter drei. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2014, 248 Seiten, 14,95 Euro.**

Erfreulicherweise hat der Mitteldeutsche Verlag schon in Jahresfrist den zweiten Band der Erinnerungen des österreichischen Journalisten Ewald König an die deutsche Revolution und Wiedervereinigung vor 25 Jahren vorgelegt. Wie schon im ersten Band „Menschen, Mauer, Mythen“ werden auch hier wieder viele Geschichten erzählt, die in deutschen Überlieferungen nicht erfaßt sind. König war ab 1985 in Bonn und Ost-Berlin als Korrespondent der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ akkreditiert.

Sein zweites Buch beginnt mit dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen und dem Umgang beider deutscher Botschaften vor Ort mit dem Problem der Flüchtlinge aus der DDR im Herbst 1989. Angesichts der in den Medien immer wiederkehrenden Bilder von den Flüchtlingen in Prag werden die damaligen Ereignisse in Warschau kaum thematisiert. Dort gab es auch tausende Flüchtlinge, die ebenfalls per Eisenbahn nach Westdeutschland gebracht wurden. König hat viele Gespräche mit Betroffenen und Akteuren dazu geführt und gibt diesen Aspekt der deutschen Fluchtbewegung sehr ausführlich und lebendig wider.

Ein weiterer Teil des Buches ist den Seltsamkeiten auf dem Weg zur deutschen Einheit gewidmet. König war am 19. Dezember 1989 neben dem Podium an der Ruine der Frauenkirche in Dresden, als Kohl in seiner Ansprache den Satz sagte:

„Mein Ziel bleibt – wenn es die geschichtliche Stunde zuläßt – die Einheit unserer Nation.“ Merkwürdig erschien dem Österreicher dabei die Menge der dort verwendeten, damals in der DDR kaum erhältlichen „Winkelemente“. Die Rede ist von den vielen fabrikneuen bundesdeutschen Fahnen, die wohl erst kurz vor der Rede des Kanzlers an die Zuhörer verteilt worden waren. „Es gab sie in Dresden nicht einfach am Marktstand zu kaufen.“ Die beabsichtigte Wirkung wurde erreicht. „Fernsehstationen aus vielen Ländern fingen das Fahnenmeer ein und vermittelten den gewünschten Eindruck.“

Ähnlich theatralisch war der folgende Wahlkampf in der DDR. Angeblich ließ die CDU sogar Bananen mit Parteaufkleber verteilen. Bei der Wahlkundgebung der SPD am 1. März 1990 in Potsdam stand Ewald König neben Willy Brandt. Der ehemalige Bundeskanzler soll dabei gesagt haben: „Nehmt die Bananen, woher ihr sie kriegt! Aber wählt, was ihr für richtig haltet!“ Der Autor registrierte auch die massive Präsenz anderer Politiker aus dem Westen, die gar nicht zur Wahl standen. „Willy Brandt ist eine Ausnahme, weil er nicht als Parteisoldat kommt, sondern in der Rolle eines Staatsmanns, der den Vereinigungsprozeß begleiten will.“ Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 war eindeutig bei einer Beteiligung von 93,4%, der höchsten jemals bei einer demokratischen Parlamentswahl in Deutschland gemessenen.

Am Ende seines Buches widmet sich König den Bonner Befindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin. Der Autor erfuhr das Ergebnis der Abstimmung vom 20. Juni 1991 per Durchsage des Flugkapitäns in einem Flieger von Berlin-Tegel nach Köln/Bonn. „Die Reaktion der Fluggäste auf die Durchsage des Piloten zeigt, daß in dieser Maschine lauter Bonner oder Kölner nach Hause fliegen. Nur ganz wenige klatschen ganz kurz. (...) Fast niemandem ist zum Feiern zumute.“ Die meisten starteten in den Sonnenuntergang und

grübelten über die privaten Konsequenzen der Entscheidung. Ewald König blieb in Berlin und hat als Korrespondent seiner Zeitung den Prozeß der inneren Einigung Deutschlands begleitet. In seinen Büchern ist diese wichtige Phase unserer Geschichte in der Sicht von innen und von außen und in österreichischer Wahrnehmung erfaßt. Dadurch schärft und erweitert sich der Blick auf eine turbulente Zeit. Der nächste Band soll sich auch mit einer ostdeutschen Naturwissenschaftlerin befassen, die nach der Einheit auf politischem Gebiet ganz groß Karriere machte. Wer das wohl sein mag?

*Enrico Seewald*

### **Kurz & bündig**

**Tilman Meyer (Hrsg.): Im „Wartesaal der Geschichte“. Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2014, 184 Seiten, 39 €.**

Der vorliegende Band versammelt Beiträge einer Tagung zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Beginnend mit Ursachen und Verlauf des Aufstandes (Jens Schöne) über dessen Bedeutung im Westen (Rolf Steininger) und in der Sowjetunion (Gerhard Wettig), über den historischen Kontext bis zum 9. November 1989 (Rudolf Seiters) und den antikommunistischen Aufstand in Ungarn (Leonid Luks). Weiterhin enthält der Band ein Plädoyer für die wissenschaftliche Tragweite der Totalitarismustheorie (Peter Graf Kielmannsegg), eine Darstellung der Repression in der frühen DDR (Erhart Neubert) und den titelgebenden Beitrag über den „Wartesaal der Geschichte“ (Thomas Petersen). Eine Bilanz aus geschichtsjournalistischer Sicht (Sven Felix Kellerhoff) schließt den Band ab. Bemerkenswert ist Graf Kielmannseggs sorgfältiger Exkurs zur Einschätzung der Totalitarismustheorie in der politikwissenschaftlichen Literatur nach 1990 und sein Fazit, „daß die politikwissenschaftliche

Analyse der DDR durch den Verzicht auf die Konzeption totaler Herrschaft nicht gewinnt, sondern verliert“. Bei der 2008 von Thomas Lindenberger und Martin Sabrow vorgebrachten Ansicht, die Totalitarismustheorie sei „von der Öffentlichkeit kaum bemerkt“ inzwischen „in Agonie übergegangen“, handelt es sich für Kielmannsegg „zweifelsfrei um das Wunschdenken zweier Autoren, die die Totalitarismuskonzeption zumindest in ihrer Anwendung auf die DDR entschieden ablehnen“. Der Ansatz von Lindenberger und Sabrow, „das Herrschaftssystem der DDR in einem Einerseits-Andererseits-Schema aufzulösen“, führe nicht zu einer „angemessenen Bestimmung dieses Systems“. Das aber war, wie Tilman Mayer einleitend hervorhebt, nie von seinen Bürgern legitimiert, sondern „immer Gewaltregime und insofern von Anfang an illegal und illegitim“. Der Regimetyp sei, wie es durch die Totalitarismustheorie prognostiziert wurde, unreformierbar geblieben.

*Jochen Stadt*

**Siegrid Lehrke: Eine Mauer durch Berlin. Friedberg: Verlagshaus Schlosser 2014, 187 Seiten, 11,90 Euro.**

Wie mehrere unserer Studien belegt haben, bewerten junge Menschen nicht nur aus den neuen Ländern die DDR nicht als Diktatur, sondern als sozialen Staat. Dieses Urteil basiert zumeist auf mangelnden Kenntnissen über das reale Leben im SED-Staat. Das vor zwei Jahren veröffentlichte Buch von Edith Schieck wirkt diesem Bild entgegen. Sie beschreibt anschaulich ihr Leben in der DDR und die Übersiedlung in die Bundesrepublik. Das Buch vermittelt ein über das Biographische hinausgehendes Bild vom Leben im kleineren deutschen Teilstaat. Im Dezember 1981 stellte die Familie einen ersten Ausreiseantrag. Aber erst nachdem sie ihr Haus zu einem Spottpreis verkauft hatten, entzog ihnen der SED-Staat die Staatsbürgerschaft und ließ sie im Mai 1984 über Österreich in die Bundesrepublik ausreisen. In Bayern fanden sie schließlich eine

neue Heimat. Das mit vielen Fotos und Auszügen aus Stasi-Unterlagen illustrierte Buch erklärt am Beispiel einer Familiengeschichte gerade jungen Menschen das Leben in der DDR und die Gründe für das Verlassen dieser sozialistischen Diktatur.

*Klaus Schroeder*

**Edith Schieck: Und das Gras war grüner. Leben in der DDR, Ausreise und Neubeginn – ein Zeitdokument. Weiden: Wendepunktverlag 2012, 268 Seiten, 16,80 Euro.**

Wie Kindern das Leben in der geteilten Stadt Berlin anschaulich vermittelt werden kann, belegt Siegrid Lehrke, die aus ihrer heutigen Großmutterperspektive rückblickend ihren Enkeln ihr damaliges Leben anschaulich schildert. Was der Bau der Mauer im August 1961 für die dadurch getrennten Familien bedeutete, erzählt die Autorin eindrucksvoll. „An diesem grauvollen 13. August sind tausende von Familien gewaltsam getrennt. Aber das tröstet mich wenig. Ich will zu Oma. Ich möchte, dass Mutti wieder lacht, ich will nicht, das Vati wie tot ins Leere starrt!“ Erst gut zwei Jahre später sah die Enkelin ihre Oma wieder. Das Passierscheinabkommen ermöglichte West-Berlinern auf Antrag einen Besuch von Verwandten in Ost-Berlin. Großeltern, die ihren Enkeln das Leben in der geteilten Stadt näher bringen wollen, sei dieses Buch zum Vorlesen empfohlen.

*Klaus Schroeder*

**Keith R. Allen: Befragung, Überprüfung, Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961. Ch. Links Verlag Berlin 2013, 238 Seiten, 24,90 €.**

Dank der Unterstützung durch die SED-Diktatur-Aufarbeitungsstiftung entstand die vorliegende Studie von Keith R. Allen. Sie will belegen, daß die besondere Leistung der Nichtregierungsorganisationen, die mit der Flüchtlingshilfe befaßt waren ebenso wie die Tätigkeit der Schutzmächte in West-Berlin vor allem in der

ausufernden Überprüfung der Flüchtlinge sowie in der Anwerbung von Spionen gegen die DDR bestand. Die im Untertitel versprochene „Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin“ kommt nur als Rahmenhandlung einer ausufernden Philippika gegen die KGU, den UFJ und die westalliierten Geheimdienst vor. Vor allem die CIA hat es Allen angetan, da sie sich seiner Meinung nach offenbar ohne Grund allerlei antikommunistischen Umtrieben widmete. Bei den Flüchtlingszahlen erwähnt der Autor nur die niedrigsten Schätzungen des Polizeipräsidenten, wonach sich im März 1953 insgesamt 127 000 Flüchtlinge illegal in West-Berlin aufhielten. Nach Schätzungen des Senats waren es 100 000 mehr, nämlich im Januar 1953 etwa 225 000 DDR-Flüchtlinge, die sich ohne offizielle Genehmigung in West-Berlin aufhielten. Die niedrigere Zahl erhöht die Reichweite der KGU-Gutachtenabteilung mit ihrem halben Dutzend Mitarbeitern. Laut Allen war sie nämlich von zentraler Bedeutung für das Notaufnahmeverfahren. Konkret dazu, was nicht bei Allen steht: Im August 1951 wurden 6 131 Flüchtlinge in West-Berlin registriert, 987 davon suchten die Gutachtenabteilung der KGU auf, in 462 Fällen befürwortete sie gegenüber der für die Entscheidung zuständigen Senatsdienststelle deren Anerkennung als politischer Flüchtling. Am 23. Februar 1953 kamen innerhalb von 24 Stunden mehr als 3 000 Flüchtlinge in West-Berlin an. Die Schutzmächte erhöhten wegen der Überfüllung der Flüchtlingsunterkünfte das Kontingent der täglich nach Westdeutschland Ausgeflogenen auf 950 Personen. Für Allen sind die Größenordnungen ohne Belang, sie stören beim Schwarzmalen. Um seine Denunziation der westlichen Flüchtlingspolitik zu unterfüttern, führt der Autor mehrere Einzelfälle auf, die das üble Wirken der KGU belegen sollen. Einen seiner Meinungen nach ganz schlimmen Fall erwähnt er gleich mehrfach. Die KGU habe dem geflüchteten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Ost-Berlins Julius

Meyer die Anerkennung als politischer Flüchtling verweigert, um ihn „zur Emigration nach Brasilien zu nötigen“. Der KgU-Leiter Ernst Tillich begründete im Februar 1953 gegenüber dem Bundesbeauftragten für das Notaufnahmeverfahren die Ablehnung der Unterstützung Meyers mit dessen Beteiligung an kommunistischen Unrechtshandlungen. Das war zweifelsohne eine ebenso ignorante wie herzlose Argumentation. Doch war die Position Tillichs wesentlich differenzierter, als Allen sie darstellt. Tillich regte nämlich zugleich an, daß neben dem normalen Notaufnahmeverfahren, „von seiten der jüdischen Gemeinden und anderen karitativen Verbänden oder von anderen deutschen Stellen eine besondere Hilfeleistung für die schon wieder Verfolgten geschehen muß!“. Tillich, der selbst zeitweise KZ-Häftling war, betonte in dem Schreiben, „die Schuld des deutschen Volkes an den furchtbaren Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes“ gegenüber den Angehörigen des jüdischen Volkes. Das läßt Keith R. Allen weg, um Tillich als Antisemit brandmarken zu können, weil das so schön ins Bild von der nazidurchsetzten Kampfgruppe paßt. Zum Kontext der jüdischen Emigration aus der DDR werden zudem zentrale Forschungsarbeiten, wie etwa Ulrike Offernbergs Untersuchung über die Jüdischen Gemeinden in der SBZ und DDR, von Allen souverän ignoriert. Da der Antifa-Propagandist Enrico Heitzer als Lektor am Buch beteiligt war, versteht es sich von selbst, daß in diesem Zusammenhang auch wieder die Mär vom angeblichen „früheren NS-„Abwehrspezialisten“ Heinrich von zur Mühlen“ aufgetischt wird. Ohne Zweifel war die KgU keine Heilsarmee und Ernst Tillich kein Gutmensch im heutigen Sinne. Keith R. Allens denunziatorische Darstellung aber wird dem Wirken dieser Nichtregierungsorganisation und dem gesamten Notaufnahmeverfahren in den schweren Zeiten nach der sowjetischen Berlin-Blockade nicht annähernd gerecht.

*Jochen Stadt*

**Harry Waibel: Der gescheiterte Antifaschismus der SED. Rassismus in der DDR. Frankfurt/Main: Verlag Peter Lang 2014, 293 Seiten, 39,95 €.**

**Harry Waibel: Rassisten in Deutschland. Frankfurt/Main: Verlag Peter Lang 2012, 447 Seiten, 61,95 €.**

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus gibt es zwar auch im Westen, sie sind aber in vielen Regionen Ostdeutschlands im Personenpotenzial und bei den Gewalttaten stärker ausgeprägt. Diese Entwicklung setzte nicht erst nach dem Fall der Mauer ein, sondern hat ihre Wurzeln in der DDR. In den 1980er Jahren breitete sich nahezu flächendeckend eine Skinhead- und Neonazi-Szene aus, deren Existenz die SED und ihr Sicherheitsapparat bis zum Schluß leugneten. Erst nach dem Fall der Mauer sprach die DDR-Kriminalpolizei von reaktionär-militaristischen und neofaschistischen Gruppen und Personen, die sich radikalisiert hätten und zu „Keimzellen für terroristische Verbindungen“ werden könnten. Der NSU machte diese Spekulation zur traurigen Realität.

Harry Waibel kommt das Verdienst zu, das quantitative Ausmaß von Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in der DDR in seinem jüngsten Buch belegt zu haben. Er registriert 8.600 neonazistische, rassistische und antisemitistische Propaganda- und Gewalttaten und zählt tausende Verletzte und mindestens zehn Tote. Zudem gab es etwa 145 Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gräber und über 700 rassistisch motivierte Angriffe auf so genannte Vertragsarbeiter. Auf Grundlage archivalischer Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit zieht Waibel eine lange Linie von 1945 bis 1990. Zu Recht stellt der Autor fest, daß „die Ursachen für den Rassismus in der DDR sich nicht allein aus Politik, Ideologie oder durch Einwirkungen aus dem Westen erklären (lassen), denn ohne innere Ursachen hätten rassistische Parolen keinen Nährboden finden können“.

Harry Waibel veröffentlichte seine zentralen Thesen zum gescheiterten Antifaschismus der SED und zum Neonazismus in der DDR wiederholt auf der linksextremen Internetseite „linksunten.indymedia“ und erfuhr heftigen Widerspruch. Immer noch wollen insbesondere ehemalige DDR-Bürger nicht wahrhaben, daß Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus Ausfluß eines (spät)totalitären Systems waren.

Zwei Jahre zuvor veröffentlichte der gleiche Autor eine vergleichende Übersicht über Rassismus in der Bundesrepublik, der DDR und dem vereinten Deutschland. Zwar schießt er in mancher Bewertung über das Ziel hinaus und hinterfragt Quellen nicht immer kritisch, gleichwohl bieten die zitierten Dokumente Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten. Dabei sollte die systemübergreifende antizivile Dimension stärker ausgeleuchtet werden.

*Klaus Schroeder*

**Hans-Dieter Schütt: Günter Gaus. Von den Hoffnungen eines Skeptikers. Berlin: Karl Dietz Verlag 2014, 175 Seiten, 16,90 €.**

Hans-Dieter Schütt jongliert in seinen Erwägungen über das Leben von Günter Gaus mit seinem eigenen „Einerseits-Andererseits-Schema“. Sein Stil ist allerdings schwer gewöhnungsbedürftig. Dazu eine Leseprobe: „Aber es gibt ein Denken, das mag sich vom Stoff entfernen, darin es einst wurzelte, und es wird doch nicht sinnloser. Es bleibt von Belang. Es belangt uns. Keimt plötzlich neu in sogenannten neuen Zeiten. Keimt wie unlizenziertes Wildpflanzgut. Das wächst ja, obwohl niemand nach ihm fordert; keiner gibt ihm Regen, aber es grünt; und wer es fürchtet, fürchtet nur seine Fruchtbarkeit.“ Das soll wohl tiefgründig klingen. Schütt als Regenmacher am Grab der „letzten Witwe der DDR“, wie Wolf Biermann über Günter Gaus spottete. Was in dem vorliegenden Band aber grünt, hat mehr mit Schütt als mit Gaus zu tun. Der muß nur dafür

herhalten, daß Schütt seine Sicht auf alles-mögliche, was ihm so am Herzen liegt, zwischen zwei Buchdeckel bekam. Noch einmal werden Interviewpartner von Gaus durchgenommen, die er „zur Person“ befragte. Dabei kommen die gut weg, die Schütt mag, oder Gaus mochte, die anderen etwa so: „Die Stirn, die Schirmmacher seinem Interviewer bietet, wird eine Dreiviertelstunde keine einzige verräterische Schweißperle aufweisen.“ Schirmmacher habe den Eindruck „einer schlaunen Dienstbarkeit“ hinterlassen, „ausgebuffter ins seinen Ausweichmanövern als jeder Politiker“. Auch Gerhard Schröder bekommt Schütts Fett ab: „Der Bürger als anerkannt teilhabender Citoyen verschwand spätestens in Gerhard Schröders Neuer Mitte, als die kühnsten Gewinner begannen, sich in Wohlstandsghettos auszupolstern“. Demgegenüber sei Gaus damals zum „unbestechlich argumentierenden Chronisten sozialdemokratischer Verlustanzeigen“ geworden. Als Ständiger Vertreter in Ost-Berlin sei Gaus ein guter Diplomat gewesen, wie auch sein Freund Egon Bahr, „der erfolgreiche“, der laut Schütt „die DDR mit zerbröseln“ haben soll, „mit der geschickten sozialdemokratischen Loyalität gegenüber der DDR, die uns außenpolitisch schmeichelte und aufhalf“ und dafür gesorgt habe, daß „doch zugleich Auflösungsstoffe ins ideologisch festgezurrt Staatsinnere“ gesickert seien. Und so sickert und sickert Schütts Gaus-Biographie vor sich hin bis zum bitteren Ende, da Gaus „jenem Ikarus in einem einzigen, entscheidenden Punkt näher“ sein soll, „als von ihm selbst vermutet: Denn Ikarus ist jener Seltene, dem noch der Sturz – als Flug angerechnet wird“. Das ist tatsächlich der letzte Satz im Buch. Auf dessen Rückseite werden Schütts substantivische Wortklaubereien gar als „Nachdenken über die Tücken einer hemmungslos medial gesteuerten Gesellschaft“ beworben.

Apropos Karl Dietz und mediale Steuerung – der Namensgeber des Verlages schrieb 1936 das Buch *Die Wahrheit über*

*das Pendel*. Karl Dietz war seit 1934 Fördermitglied der SS. Später flog er aus der Reichsschrifttumskammer. Nach dem Krieg pendelte er zur SED und half ihr aus der Patsche, da die SPD unter Kurt Schumacher den Verlagsnamen (J.H.W.) Dietz, gegründet 1881, streitig stellte. Dank Karl Dietz konnten Stalins und Ulbrichts Werke im Ost-Berliner „Dietz-Verlag“ erscheinen, der mit dem Traditionsverlag der SPD freilich nichts weiter gemein hatte als einen deutschen Nachnamen. Oder um in Schütts Bilderwelt zu bleiben, da keimte „unlizensiertes Wildpflanzgut, [...] obwohl niemand nach ihm fordert“.

*Jochen Stadt*

